

IMPULSE

FÜR EINE LEBENDIGE DEMOKRATIE

Aus aktuellem Anlass

4. Juni 2012

Eskalation in Insel

Einwohner_innen und Neonazis versuchen in das Haus zweier ehemaliger Straftäter einzudringen

Am Abend des 1. Juni 2012 haben Bürger_innen und Neonazis nach einer Spontandemonstration versucht, in Insel gewaltsam in das Haus zweier ehemaliger Sexualstraftäter einzudringen. Der Polizei gelang es nur mühsam eine Stürmung des Hauses zu verhindern. Der Eskalation am vergangenen Freitag ging eine sich über Monate hinziehende Interaktion zwischen protestierenden Bürger_innen und Neonazis voraus.

„Sexueller Missbrauch“ und „Vergewaltigung als Themen“ neonazistischer Kampagnen

Seit mehr als einem Jahrzehnt finden die Themen „Sexueller Missbrauch von Kindern“ und „Vergewaltigung“ Eingang in die Kampagnen der neonazistischen Szene. Unter dem Motto „Nationale gegen Kinderschänder“ ging 1999 die von dem Hallenser Neonazi Thomas Richter verantwortete Homepage online. Ziel der Homepage und der sich daraus entwickelnden rechtsextremen Kampagne war es, Fälle sexualisierter Gewalt an Kindern, die vermeintlich oder tatsächlich von den Behörden der Öffentlichkeit verschwiegen wurden, aufzugreifen und in den Regionen bekannt zu machen. Zentrale Forderung der neonazistischen Szene in diesem Kontext ist: „Todesstrafe für Kinderschänder.“

In den letzten Jahren gelang es Neonazis anlassbezogen immer wieder, sich als Initiatoren oder Wortführer an die Spitze von Protesten gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern oder die Ansiedelung ehemaliger Sexualstraftäter zu setzen - so geschehen auch im Fall Michelle in Leipzig im Jahr 2009, als Neonazis über eine Woche hinweg die Proteste von aufgebrauchten Anwohner_innen und Eltern anführten. Ähnliches geschah wenig später im nordsächsischen Ort Eilenburg im Fall „Corinna“. Auch hier verliehen Neonazis dem Protest medienwirksam Ausdruck.

Inzwischen identifizieren sich auch viele Personen außerhalb der extremen Rechten mit den Parolen der Neonazi-Kampagnen.

In Insel nahmen Neonazis seit September 2011 immer wieder an den Protesten teil. Koordinator war der Tangerhütter Neonazi Heiko Krause, der auch Anmelder der für Freitag, den 08. Juni angekündigten Demonstration der NPD in Insel ist.

Die Reichweite solcher thematischen Interventionen der neonazistischen Szene wird jedoch nicht nur von dieser selbst bestimmt, sondern auch davon, in welchem gesellschaftlichen Umfeld sie stattfinden. Der Fall Insel zeigt, dass die Neonazis jenen Resonanzraum, den der Protest im Ort ihnen bietet, zu nutzen wissen. Die Plausibilität rechtsextremer Lösungskonzepte steigt, wo ihnen die Anerkennung als scheinbar „normale“ Meinungskundgabe unter anderen Positionen zugestanden wird. Die sich hier vollziehende diskursive Aufwertung der Intervention von Rechtsextremen ist im Nachhinein nur schwer rückgängig zu machen.

Die Protestierenden in Insel selbst geben vor, von den Neonazis missbraucht zu werden. Dies trifft insofern nicht zu, als dass die Organisator_innen des Protests die Teilnahme der Neonazis in der Hoffnung begrüßten, die Politik mit der Anwesenheit der Neonazis unter Druck setzen zu können. Vor diesem Hintergrund inszenieren sich Rechtsextreme als Sprachrohr und Verstär-

ker des vermeintlichen Volkswillens.

Die Gründe für die Intervention der Neonazis liegen auf der Hand: Dort wo sie im Namen der protestierenden Bevölkerung auftreten, sehen sie Ihre Auffassung bestätigt, die Demokratie zu delegitimieren und ihre Vertreter_innen – hier im Namen der Ängste der Bewohner_innen von Insel – vorzuführen.

Eine Chronologie der Beteiligung von Neonazis an den Protesten in Insel

Juli 2011

Zwei ehemalige Sicherungsverwahrte ziehen aus Freiburg (Baden-Württemberg) nach Insel. Hintergrund ist, dass der Europäische Gerichtshof die in der BRD praktizierte nachträgliche Sicherungsverwahrung für rechtswidrig erklärte. Dies führte zur Freilassung von bundesweit ca. 80 Personen, auf die zuvor die nachträgliche Sicherheitsverwahrung Anwendung gefunden hatte.

Mitte August 2011

Der Zuzug der beiden ehemaligen Sicherungsverwahrten nach Insel wird in der Gemeinde bekannt.

Anfang September 2011

Die ersten Versammlungen der Dorfbewohner_innen finden direkt vor dem Haus der beiden Ex-Gefangenen statt. Die Betroffenen werden zum Wegzug aufgefordert. In den Medien wird in dieser Phase von ca. 100 Teilnehmenden pro Versammlung berichtet.

11.09.2011 - Erklärung der JN

Der JN-Bundesvorstand veröffentlicht am 11.09.2011 auf seiner Homepage eine Erklärung zu den Vorgängen in Insel. Unter dem Titel „Insel - ein Dorf steht auf!“ solidarisieren sich die „Jungen Nationaldemokraten“ mit den Protestierenden: „Die Dorfgemeinschaft - einig wie wohl seit Jahrzehnten nicht mehr - stellt sich quer und wendet sich absolut nachvollziehbar gegen die Ex-Knackis.“ Zudem wünscht die JN den Protesten Erfolg bei ihrem Anliegen: „Erfolg soll ihnen beschieden sein - wir gönnen es ihnen. Ihre schnell zusammengewachsene Gemeinschaft wird gegen das Fremde, Erschrecken-

de, vielleicht Widerwärtige siegen - ein Phänomen, das in dieser Zeit und in diesem Staat Seltenheitswert besitzt.“

16.09.2011 - Erste Beteiligung von Neonazis an den Protesten

Die „Mitteldeutsche Zeitung“ berichtet in einem Artikel von den Protesten in Insel. Dabei wird im Subtext erwähnt, dass unter den Protestierenden auch „etwa 40 junge Männer [waren], die erklären zu der rechtsextremen Kameradschaft Salzwedel zu gehören.“

19.09.2011

Unter den etwa 100 Protestierenden befinden sich erneut ca. 20 Neonazis. Das Thema „Sexualstraftäter in Insel“ ist mittlerweile landesweit in den Medien.

30.09.2011

Neben den ca. 130 Bürger_innen demonstrieren auch ca. 70 Neonazis aus dem nördlichen Sachsen-Anhalt und aus Dessau in Insel. Diese bringen zwei Transparente mit, auf denen steht: „Problemlösung statt Problemverlagerung“ und „Verzweiflung, Angst, Hass, Trauer. Stoppt Kinderschänder. Kinder sind unsere Zukunft“. Schilder der Rechtsextremen tragen die Aufschrift „Todesstrafe für Kinderschänder“. Die Bürger_innen stellen sich hinter die Transparente der Neonazis und demonstrieren mit ihnen zusammen. Zwei Neonazis versuchen den Zaun zum Grundstück des Hauses der beiden Betroffenen zu übersteigen.

Ortsbürgermeister Alexander von Bismarck begrüßt während der Kundgebung Heiko Krause (NPD Tangerhütte) und stimmt sich mit ihm ab. Bismarck spricht in einem Fernsehbeitrag beim MDR dann von „Gästen [den Nazis], die der Herr [Krause] mitgebracht hat.“

Anfang bis Mitte Oktober 2011

Nach der Zusicherung des Justiz- und Innenministeriums die beiden ehemaligen Straftäter bei der Suche nach einer alternativen Wohnung zu unterstützen, setzt Ortsbürgermeister von Bismarck die Proteste bis Mitte Oktober aus. Dies verbindet er mit der Drohung, dass falls bis dahin keine Alternative gefunden werde, er am 15.10.2011 einen „Marsch durch Insel“ veranstalten wolle.

Da die Bürger_innen mit ihrem Anliegen, die beiden ehemaligen Häftlinge zu vertreiben, erst nach der offensichtlichen Beteiligung der Nazis von der Landespolitik gehört werden, entsteht der fatale Eindruck, dass Forderungen von gesellschaftlichen Akteuren durch die Beteiligung von Nazis Nachdruck verliehen werden kann.

Mitte Oktober stellen Neonazis aus Gardelegen („Nationale Aktivisten Altmark“) unter dem Titel „Es gibt kein ruhiges Hinterland für Vergewaltiger“ einen Flyer ins Netz, in dem sie zu der Teilnahme an den Protesten in Insel aufrufen. Das Flugblatt ist bis heute online.

07.01.2012

Diesmal sammeln sich etwa 40 Bürger_innen und 40 Neonazis am Kundgebungsort. Unter klarer Missachtung der Auflagen marschieren zwei Rechtsextreme mit einem Transparent („Problemlösung statt Problemverlagerung“) am Wohnhaus der beiden Betroffenen vorbei. Zudem versuchen auch alle anderen Teilnehmenden der Kundgebung (Bürger_innen und Neonazis) in Richtung Wohnhaus zu marschieren, werden aber von der Polizei gestoppt. Der Mindestabstand zum Haus bleibt dadurch aber dauerhaft nicht gewahrt (unter 50 Meter!).

Im Verlauf der Kundgebung verhandeln Heiko Krause (NPD Tangerhütte) und die Anmelderin der Kundgebung mit dem Einsatzleiter der Polizei über die Modalitäten der Veranstaltung. Es gibt keinerlei Abgrenzung von Bürger_innen von den Rechtsextremen sondern eine offene Zusammenarbeit. So werden gemeinsam Parolen gerufen und die Teilnehmenden der Kundgebung versammeln sich hinter den Transparenten der Neonazis. Im Vorfeld hatte Ortsbürgermeister Bismarck noch angekündigt, sich von den Rechtsextremen zu distanzieren.

21.01.2012

Im Gegensatz zu den bisherigen Versammlungen war die Polizei dieses Mal massiv vor Ort vertreten. Zu Beginn der Kundgebung kommen 33 schwarz gekleidete Neonazis am Kundgebungsort an. Sogleich sucht die Anmelderin der Kundgebung das Gespräch mit den Rechtsextremen.

Im Verlauf der Kundgebung wechselten sich Rechtsextreme und Bürger_innen mit dem Skandieren von Parolen ab. Obwohl die Initiator_innen der Proteste sich in der Presse von der Teilnahme der Nazis distanzieren, haben sie durch die Zusage der Teilnahme die Anwesenheit der Nazis an diesem Tag erst ermöglicht. Obwohl die Nazis von den Bürger_innen durch eine Polizeikette getrennt waren, fand - de facto - eine gemeinsame Kundgebung von Bürger_innen und Nazis statt.

28.01.2012

Ca. 70 Bürger_innen versammeln sich bei der Kundgebung. Die Stimmung ist sehr aufgeheizt. Unter den Protestierenden befinden sich auch zwei Rechtsextreme. Sie werden von der Polizei zunächst aus der Versammlung entfernt, dürfen dann aber nach Intervention der Versammlungsleitung wieder an der Kundgebung teilnehmen - was von den Bürger_innen mit Applaus kommentiert wird.

04.02.2012

Neonazis mobilisieren in (nicht-öffentlichen) Internetforen unter dem Stichwort „Volkstod stoppen hier und jetzt“ für den 04.02.2012 vorab zu einer „Großdemo gegen Kinderschänder“ nach Insel.

Gegen 14.00 Uhr finden sich ca. 80 Bürger_innen und ca. 60 Rechtsextreme ein. Die Neonazis werden von den Bürger_innen mit Applaus begrüßt. Die Anmelderin der Kundgebung begrüßt die Nazis und verhandelt mit Heiko Krause (NPD Tangerhütte) und dem Landesvorsitzenden der NPD Sachsen-Anhalt (Peter Walde) über die Teilnahmemodalitäten der Nazis.

Die Anmelderin betont, dass die Nazis um Krause und Walde willkommen sind und fordert die Polizei auf, die Nazis näher an die Kundgebung der Bürger_innen zu lassen. Die Polizei verzichtet jedoch auf ein Heranrücken der Nazis an die Kundgebung der Bürger_innen und hält die beiden Kundgebungen auf ca. 15-20 Meter Distanz.

05.02.2012

Auf der Seite der NPD Sachsen-Anhalt erscheint unter der Überschrift „Insel-Proteste bekommen prominente Unterstützung von der NPD“ eine Mitteilung. Hierin heißt es u.a.: „Die Anwesenheit Waldes wurde sowohl von den Kameraden

als auch von Anwohnern, welche die Möglichkeit hatten, mit ihm ins Gespräch zu kommen, wohlwollend und befürwortend zur Kenntnis genommen. Aus diesem Grund wird die NPD bei künftigen Protesten in Insel verstärkt mit unseren Kameraden Präsenz zeigen!"

11.02.2012

In der Nacht zum 11.02.2012 werden in Insel großflächig Flugblätter der NPD verteilt. Neben den 60 Bürger_innen findet sich dann am 11.02.2012 auch der Pressesprecher der NPD Sachsen-Anhalt (Michael Grunzel) in Insel ein.

Literaturempfehlung

Shukura: Was Sie über sexuellen Missbrauch wissen sollten. Gedankenanstöße für einen wirksamen Kinderschutz jenseits polemischer Scheinlösungen, hrsg. Von AWO Kinder- und Jugendhilfe gemeinnützige GmbH, Pirna 2009.

Kostenloser Download unter:

<http://www.awo-shukura.de/download/Broschuere-Shukura-2009-web.pdf>

Die Impulse aus aktuellem Anlass informieren in kompakter Form über rechtsextreme Ereignislagen. Sie werden von Miteinander e.V. herausgegeben.

Redaktion: Pascal Begrich (Vi.S.d.P.)

Miteinander e.V.
Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg

Tel.: (0391) 620 77 3
Fax: (0391) 620 77 40
Mail: net.gs@miteinander-ev.de

www.miteinander-ev.de

<https://www.facebook.com/miteinanderev>



Gefördert durch Mittel des Ministerium für Arbeit und Soziales Sachsen-Anhalt.